

**RESOLUTION**  
**von Grossrätin Susanne Hugo-Lötscher (SPO) und Grossrat (Suppl.)**  
**Grégoire Raboud (SPO) betreffend volle Teller statt volle Tanks (07.05.2008) 6.030**

Seit Monaten häufen sich die Mitteilungen über Hungeraufstände in verschiedenen Regionen der Welt. In nicht weniger als 37 Staaten haben sich im Monat April 2008 hungernde Menschen für mehr im Teller statt mehr im Tank von Leuten in den reichen Ländern ausgesprochen. Millionen von Menschen kämpfen um ihre tägliche Nahrungsportion.

Seit Januar 2008 ist der Weltmarktpreis für Reis, das verbreitetste Grundnahrungsmittel der Welt, um 53 Prozent gestiegen. Auch der Getreidepreis stieg in den letzten acht Monaten um 84 und der Preis für Speiseöl um 68 Prozent.

Laut Statistik der Weltbank lebt rund ein Drittel der Weltbevölkerung unter dem Existenzminimum, auf der anderen Seite verdienen acht Konzerne Milliarden mit Bioethanol und Spekulationen. Dies auf dem Buckel der Ärmsten, die vor Hunger auf die Strasse gehen und sich gegen den Landverbrauch und die Verwertung ihrer Nahrungsmittel zu Treibstoffen wehren,

Die Energiepolitik, vermehrt vegetabile Energien statt fossiler Energien zu produzieren und einzusetzen, erweist sich als ökologischer und vor allem als sozialer Unsinn. Der Aufwand für den fälschlicherweise als Biotreibstoff verkauften Agrartreibstoff ist viel zu hoch, die Effizienz zu klein und das Schlimmste ist, dass durch den Anspruch der Industriestaaten nach vollen Tanks, die Teller von Millionen von Menschen leer bleiben.

Die Spekulationen mit den Nahrungsmitteln, laut Weltbankpräsident Robert Zoellick verantwortlich für 37 Prozent der Preisanstiege für die Grundnahrungsmittel, könnten mit Börsennormen verhindert werden. Dazu braucht es aber laut Dominique Strauss-Kahn, Exekutivdirektor des Welternährungsfonds (IWF) ein Verbot für die Produktion von Agrartreibstoffen aus Nahrungsmitteln wie Reis, Mais, Getreide, Hirse, Hafer etc. Dieses Verbot oder mindestens ein zeitlich begrenztes Moratorium muss auf Bundesebene ausgesprochen werden. Wir können hier aber unsere Unterstützung dazu mit vorliegender Resolution unterstreichen.

Deshalb ersuchen wir die Mitglieder des Walliser Grossen Rates diese Resolution als Zeichen der Solidarität und als Unterstützung gegenüber den Millionen von hungernden Menschen zu unterstützen.

Sitten, den 7. Mai 2008

Susanne Hugo-Lötscher, Grossrätin (SPO)  
Gegoir Raboud, Grossrat (Suppl.) (SPO)